

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Horstick eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Vorsitzender Horstick erklärt, dass bei der heutigen Sitzung sowohl das ordentliche Mitglied der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) als auch dessen Stellvertreter verhindert seien. Die UWG lege dennoch Wert darauf, bei den heute anstehenden Tagesordnungspunkten, die noch im Kreisausschuss und Kreistag zu beraten seien, an der politischen Diskussion teilnehmen zu können. Herr Weddeling von der UWG wolle sich als Kreistagsmitglied schon in der Fachausschuss-Sitzung äußern. Dies sei aber nur möglich, wenn ihm seitens des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen für diese Sitzung einstimmig ein Rederecht eingeräumt werde.

Da keine Bedenken der anwesenden Mitglieder des Ausschusses geäußert werden, kann Herr Weddeling die Positionen der UWG vorbringen.

Öffentlicher Teil

Punkt 1: 1. Controllingbericht 2007 Vorlage: 0096/2007

Berichterstatter: Dr. Hermann Paßlick
Karl-Peter Theis
Richard Riedel
Peter Sonntag

Vorsitzender Horstick regt an, den Controllingbericht seitenweise durchzugehen und eventuell auftretende Fragen zu klären.

Frau Lindenhahn erkundigt sich nach dem Stand der Umstrukturierung der RVM GmbH (Budget 07, Ziel 2), da sie schon lange nichts mehr darüber gehört habe. Dr. Paßlick bestätigt, dass derzeit keine Beschlüsse zum Restrukturierungsprozess anstünden. Er werde in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen einen aktuellen Sachstandsbericht zur Entwicklung vortragen.

Zum Ziel 4 des Budgets 07 fragt Frau Lindenhahn, wieviel Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung sich an dem Fahrsicherheitstraining beteiligt hätten, welcher Personenkreis zu den Unfalldemonstrationen eingeladen werde und ob die Verkehrsaufklärungsplakate im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen vorgestellt werden könnten. Dr. Paßlick informiert, dass weit über 100 Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung von dem Fahrsicherheitstraining auf dem Verkehrsübungsplatz in Gescher Gebrauch gemacht hätten; die Plakate könnten eventuell in der nächsten Ausschuss-Sitzung vorgestellt werden. Zu den Unfalldemonstrationen werde die Sekundarstufe II der weiterführenden Schulen eingeladen, darüber hinaus bestimmten die Gerichte die Nachfrage für straffällig gewordene Jugendliche.

Zum Ziel 5 des Budgets 07 möchte Frau Lindenhahn wissen, wem der Abschlussbericht des BYPAD-Prozesses vorgelegt werde. Dr. Paßlick erläutert, dass der Bericht unter anderem auch dem Ausschuss für Verkehr und Bauwesen zur Kenntnis gegeben werde.

Beschluss zu Ziel Nr. 3: 15 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschluss zu Ziel Nr. 4: 10 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschluss zu Ziel Nr. 5: 15 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschluss zu Ziel Nr. 6: 15 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Für die Budget- und Haushaltsplanung 2008 werden die in der Sachdarstellung genannten Maßnahmen eingesetzt.

Punkt 3: Überörtliche Prüfung des Kreises Borken durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
Vorlage: 0117/2007

Berichterstatter: Dr. Hermann Paßlick
Karl-Peter Theis
Richard Riedel
Peter Sonntag

Die Berichterstatter erläutern mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation die wichtigsten Eckpunkte der GPA-Prüfung für die jeweiligen Budgets. Die Folien der Präsentation sind nicht als Anlage zur Niederschrift beigefügt, da alle Inhalte den Ausschuss-Mitgliedern bereits mit dem GPA-Bericht vorgelegt wurden.

Auf die Frage von Herrn Schlipfing zu den Synergieeffekten für den Kreis bei der Zusammenlegung der Gutachterausschüsse von Stadt Bocholt und Kreis Borken bekräftigt Herr Theis, dass die Einsparungen auf Seiten des Kreises wohl gering ausfallen würden, weil durch einen gemeinsamen Gutachterausschuss eher in Bocholt Personal abgebaut werden könne als beim Kreis. Letztlich müsse die Initiative zur Zusammenlegung aus Bocholt kommen; er werde diese Angelegenheit aber in Kürze mit der Stadt erörtern.

Herr Ahold erkundigt sich nach den personellen Auswirkungen bei der Übernahme der Wohnungsbauförderung im Bereich der Stadt Bocholt durch den Kreis. Herr Riedel führt aus, dass die Aufgabenübertragung auf den Kreis nicht mit einer personellen Aufstockung ver-

bunden gewesen sei. Die bisher von Bocholt geleistete Wohnungsbauförderung werde seit dem 01.01.2007 ohne zusätzliches Personal im Fachbereich Bauen und Wohnen fortgeführt.

Beschlussfassungen:

zu 36 – 1: Möglichkeiten zur Kostenreduzierung im ÖPNV: Der Kreis Borken hat den ÖPNV bereits in den vergangenen Jahren durch verschiedene Maßnahmen optimiert (z. B. Zielvereinbarungen zur Kostenreduzierung mit dem Verkehrsunternehmen RVM, Nachtbuszuschlag, Anpassungen im Bedienungsangebot, Optimierung der Streckenauslastung). Die Bemühungen werden konsequent fortgesetzt.

Beschluss: einstimmig (15 Ja-Stimmen)

zu 62 – 1: Gutachterausschuss, Zusammenarbeit mit Bocholt: Die Frage eines gemeinsamen Gutachterausschusses soll mit der Stadt Bocholt erörtert werden.

Beschluss: einstimmig (15 Ja-Stimmen)

zu 62 – 2: Geodatenmanagement: Der Kreis Borken beteiligt sich weiterhin aktiv an der Entwicklung und dem Aufbau eines einheitlichen Geodatenportals im Münsterland.

Beschluss: einstimmig (15 Ja-Stimmen)

zu 62 – 3: Personalbedarfsplanung: Weiterführung des laufenden Abstimmungsprozesses zwischen Fachdienst 10 und Fachbereich 62 über die künftige Personalbedarfsplanung.

Beschluss: einstimmig (15 Ja-Stimmen)

zu 62 – 4: Katasterqualität: Es wird auf ein verbessertes Qualitätsmanagement mit den ÖbVI hingewirkt, wobei Rechtsicherheit und Qualität des Katasternachweises weiterhin sichergestellt bleiben.

Beschluss: einstimmig (15 Ja-Stimmen)

zu 63 – 1: Wirtschaftlichkeit der Bauaufsicht: Der Anregung der GPA wird nicht gefolgt, da die für die betriebswirtschaftliche Steuerung notwendigen Kennzahlen bereits erhoben werden.

Beschluss: einstimmig (15 Ja-Stimmen)

zu 63 – 2: Gebühren im Bereich Wohnungsbauförderung: Eine eigene Gebührenregelung des Kreises Borken wird aus den von der Verwaltung dargelegten Gründen nicht befürwortet. Zunächst soll das Ergebnis der Initiative der kommunalen Spitzenverbände zur Erhöhung der landesweit vorgegebenen Gebühren abgewartet werden.

Beschluss: einstimmig (15 Ja-Stimmen)

zu 81 – 1: Vergaben gemäß VOB: Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Beschluss: einstimmig (15 Ja-Stimmen)

zu 81 – 2: Straßenunterhaltung: Der Empfehlung der GPA wird nicht gefolgt.

Beschluss: 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

zu 81 – 3: Organisation der Gebäudewirtschaft: Die Empfehlung der GPA wird soweit möglich aufgegriffen.

Beschluss: einstimmig (15 Ja-Stimmen)

- zu 81 – 4: Wartungskonzept für gebäudetechnische Anlagen:** Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
Beschluss: einstimmig (15 Ja-Stimmen)
- zu 81 – 5: Reparaturarbeiten über Handwerkerjahresverträge:** Die Empfehlung der GPA wird soweit möglich aufgegriffen.
Beschluss: einstimmig (15 Ja-Stimmen)
- zu 81 – 6: Umfang der Gebäudeunterhaltung:** Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
Beschluss: einstimmig (15 Ja-Stimmen)
- zu 81 – 7: Energieverbrauch:** Die Verwaltung legt in einer der nächsten Sitzungen einen Energiebericht vor.
Beschluss: einstimmig (15 Ja-Stimmen)
- zu 81 – 8: Reinigungsfrequenz:** Der Empfehlung der GPA wird nicht gefolgt.
Beschluss: einstimmig (15 Ja-Stimmen)
- zu 81 – 9: Hausmeisterdienste:** Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
Beschluss: einstimmig (15 Ja-Stimmen)
- zu 81 – 10: Personalausgaben für Gebäudewirtschaft:** Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
Beschluss: einstimmig (15 Ja-Stimmen)

Punkt 4: Errichtung eines interkommunalen Bauhofes in Nordvelen
Vorlage: 0124/2007

Berichterstatter: Hubert Grothues

Herr Grothues fasst die wesentlichen Punkte der Sitzungsvorlage zusammen und erklärt, dass der Wunsch der Stadt Gescher, sich an dem Bauhofprojekt auf dem EGW-Gelände zu beteiligen, mittlerweile durch einen entsprechenden Ratsbeschluss bekräftigt worden sei.

Dr. Paßlick unterstreicht die Bedeutung des in die Planungen integrierten Logistikzentrums für Tierseuchenfälle und erinnert an die baulichen und funktionalen Nachteile des derzeitigen Kreisbauhofes während der Schweinepest. Die Trennung in „Schwarz-Weiß-Bereiche“ (schwarz = unsauber/kontaminiert, weiß = sauber) habe nur provisorisch durch Bauzäune und Sperrholzwände erfolgen können, die sanitären Anlagen hätten nicht ausgereicht, so dass mobile Duschen hätten angemietet werden müssen.

Herr Lensing erklärt, dass er den Neubau des Bauhofes auch nach dem Rückzug der Gemeinde Velen noch befürworte. Die CDU-Fraktion benötige aber weitere Informationen zur Wirtschaftlichkeit dieser geänderten Planungen. Daher solle der Beschlussvorschlag um folgenden Satz ergänzt werden:

„Dem Ausschuss für Verkehr und Bauwesen, Kreis Ausschuss und Kreistag ist eine Kosten- und Wirtschaftlichkeitsberechnung für eine Zweierlösung vorzulegen.“

Frau Lindenhahn fordert eine Beendigung der Planungen. Nach der anfänglichen Viererlösung und dem Absprung von Stadtlohn und Velen aus dem Projekt sehe sie keine Notwendigkeit mehr, den bislang funktionierenden Kreisbauhof in Borken zu verkaufen, damit der

Kreis Borken der Stadt Gescher zu einem neuen Bauhof ver helfe. Es gebe sicherlich billigere Lösungen, den Borkener Bauhof zu einem Krisenzentrum umzubauen.

Herr Kramer weist darauf hin, dass er als Gescheraner den Antrag seiner Fraktion, der SPD, nicht mittragen könne. Die Stadt Gescher warte seit dem Jahr 2002 auf eine Lösung ihres Bauhofproblems und er wolle eine kurzfristige Realisierung des gemeinsamen Bauhofes.

Herr Weddeling äußert namens der UWG-Fraktion sein Unverständnis darüber, dass der Kreis ein eigenes Logistikzentrum für Krisensituationen zu errichten beabsichtige, wo doch durch den Bund im niedersächsischen Twisteden ein sehr großes mobiles Krisenzentrum stationiert worden sei, auf das auch Kommunen zurückgreifen könnten. Er wolle wissen, ob seitens der Verwaltung diese Alternative geprüft worden sei.

Dr. Paßlick bestätigt, dass in Twisteden ein regelrechtes Containerdorf für landes- oder bundesweite Großschadensereignisse bereit stehe. Die Nutzung dieser Ressource für den Kreis sei auch in Erwägung gezogen worden. Es stelle sich aber für die vom Kreis abzudeckenden Krisensituationen, in erster Linie Tierseuchen, bei der Inanspruchnahme des mobilen Logistik-Zentrums aus Niedersachsen ein organisatorisches und logistisches Problem. Bei der Schweinepest habe sich gezeigt, dass sehr kurzfristig reagiert werden müsse. Die Logistik-Container des Bundes müssten erst in Berlin beantragt werden, es müsse geklärt sein, ob und wie viele Container bereitgestellt werden könnten, der Transport müsse organisiert werden. Es vergingen mindestens zwei bis drei Tage, bevor ein funktionierendes Logistik-Zentrum stehe, eine zu lange Zeit in der Tierseuchenbekämpfung. Auch die Transportkosten in Höhe von rund 40.000 € und die Vorhaltung entsprechend großer Freiflächen für die Aufstellung der Container seien eine nicht zu vernachlässigende Größe bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. Im Ergebnis werde der Kreis auch dann nicht auf die Container des Bundes zurückgreifen, wenn das geplante Logistik-Zentrum in Gescher-Estern nicht realisiert würde.

Herr Grothues ergänzt, die funktionalen Mängel des jetzigen Bauhofes bei der Nutzung als Logistik-Zentrum für Krisensituationen seien bei der Schweinepest im vergangenen Jahr deutlich geworden. Die Tierseuche sei glücklicherweise zu einer Jahreszeit ausgebrochen, in der der reguläre Bauhofbetrieb die Behinderungen am Besten habe verkraften können. Würde beispielsweise eine ähnliche Krisensituation zu Zeiten der Winterdiensteinsätze geschehen, könne durch die regelmäßige Befüllung der Streufahrzeuge an den Salzsilos keine gesicherte Trennung in Schwarz-Weiß-Bereiche auf dem Bauhofgelände erfolgen. Er gebe auch zu bedenken, dass die erforderliche Umrüstung des jetzigen Bauhofes mit zusätzlichen sanitären Anlagen und weitere bauliche Maßnahmen im Bestand mit nicht unerheblichen Kosten verbunden seien. So sei unterm Strich eine Optimierung im Neubau für das Logistik-Zentrum die bessere Lösung.

Herr Temminghoff möchte wissen, ob der Neubau des Logistik-Zentrums von der Tierseuchenkasse bezuschusst werden könne. Vorsitzender Horstick erläutert, die Tierseuchenkasse investiere grundsätzlich nicht in Immobilien. Es sei sicherlich im Sinne der Kasse, dass bei der Seuchenbekämpfung die Logistik gestärkt werde; die finanzielle Unterstützung im Tierseuchenfall werde jedoch individuell geprüft.

Die Herren Schlipfing und Osterhues erklären, dass es nicht sinnvoll sei, das Bauhofprojekt vorzeitig zu stoppen. Der Verwaltung müsse die Chance gegeben werden, auch unter den geänderten Voraussetzungen eine Abwägung von Kosten und Nutzen vorzunehmen und der Politik darzulegen.

Beschluss:

- 11 Ja-Stimmen
- 3 Nein-Stimmen
- 1 Enthaltung

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für einen interkommunalen Bauhof am bisherigen Standort in Nordvelen auf der Basis einer Zweierlösung mit der Stadt Gescher fortzuführen. Eine Beteiligung der Gemeinde Velen am Projekt wird weiterhin befürwortet. Dem Ausschuss für Verkehr und Bauwesen, Kreisausschuss und Kreistag ist eine Kosten- und Wirtschaftlichkeitsberechnung für eine Zweierlösung vorzulegen.

Punkt 4.1: Interkommunaler Bauhof

Antrag der SPD-Fraktion vom 15.05.2007

Vorlage: 0099/2007

Vorsitzender Horstick stellt fest, dass unter TOP 4 eine umfassende Aussprache erfolgt sei und bittet nun um Abstimmung über den Antrag der SPD.

Beschluss:

- 3 Ja-Stimmen
- 10 Nein-Stimmen
- 2 Enthaltungen

Der Antrag der SPD-Fraktion ist somit abgelehnt.

Punkt 5: Auswirkungen des ÖPNV-Gesetzes auf den Kreis Borken

Antrag der SPD-Fraktion vom 03.06.2007

Vorlage: 0130/2007

Berichtersteller: Dr. Hermann Paßlick

Dr. Paßlick berichtet mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation, deren Folien als Anlage zur Niederschrift beigelegt sind, über die Auswirkungen des neuen ÖPNV-Gesetzes auf den Kreis Borken.

Punkt 6: Geplanter Ticketverkauf für Bus und Bahn in den Bürgerbüros der Kommunen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 03.06.2007

Vorlage: 0128/2007

Berichtersteller: Dr. Hermann Paßlick

Frau Henke führt aus, dass zurzeit ein Vorschlag des ZVM zur Umsetzung eines Ticketverkaufes in einem Bürgerbüro vorliege. Diese Lösung sei mit etwa 300 € monatlichen Kosten verbunden. Die Verwaltung prüfe derzeit Möglichkeiten, mit kleinerem technischen Aufwand das Fahrkartensortiment, das etwa dem im Bus erhältlichen Sortiment entspreche, auch in Verkaufsstellen anzubieten. Es sei zu erwarten, dass die dann anfallenden Kosten für die Abrechnung, Wartung des Gerätes und die Schulung der Mitarbeiter unter dem von der ZVM angegebenen Preis lägen.

Dr. Paßlick formuliert im Einvernehmen mit Herrn Kretschmann einen neuen Beschlussvorschlag, über den Vorsitzender Horstick im Anschluss abstimmen lässt.

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, mit interessierten Städten und Gemeinden, den betroffenen Verkehrsunternehmen, Verkehrsverbänden und dem ZVM die Einrichtung von kommunalen ÖPNV-Ticket-Verkaufsstellen zu prüfen. Über das Ergebnis wird in der nächsten Ausschusssitzung berichtet.

Punkt 7: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 8: Anfragen

Herr Osterhues zeigt sich erfreut über den nunmehr beschlossenen Bau des Radweges an der K 18 von Ahaus-Alstätte nach Vreden-Lünten. Herr Grothues erklärt ergänzend, dass der Radwegebau an dieser Straße aus dem kommunalfinanzierten Radwegebau bis zum Jahr 2008 gesichert sei, weil einerseits eine bislang hierfür geplante Baumaßnahme in Schöppingen nunmehr aus Landesmitteln finanziert werden könne und andererseits die Anlieger der K 18 durch Geld- und Sachspenden (Grundstücke) die Finanzierung der Maßnahme deutlich erleichtert hätten.

Herr Schlippling begrüßt die Spendenbereitschaft der Anlieger der K 18, mit deren Hilfe die Baumaßnahme vorzeitig realisiert werden könne; er bitte die Verwaltung in diesem Zusammenhang darzulegen, wie diese Spendenbereitschaft nachhaltig vor Ort dokumentiert werden könne. Herr Grothues führt dazu aus, dass den Vertretern der Bürgerinitiative vorgeschlagen worden sei, die Spendengelder zur Finanzierung eines notwendigen Brückenbauwerkes auf der Radwegstrecke zu verwenden. Dies könne auch für nachfolgende Generationen durch die Anbringung einer Plakette an der Brücke erkennbar gemacht werden.

Des Weiteren fragt Herr Osterhues, wie der Wert der geschenkten Grundstücke ermittelt werde. Herr Grothues erläutert, dass die Bodenrichtwertkarte für den Bereich Alstätte/Lünten einen Quadratmeterwert von 3,- € festgelegt habe.

Auf Nachfrage von Frau Söbbing-Krumkamp erläutert Herr Grothues, dass anders als bei dem Radweg an der K 18 ein Bau des Radweges an der K 63 in Ahaus aus dem kommunalfinanzierten Radwegebau nicht möglich sei; dies sei aber auch nicht erforderlich, da für diese Maßnahme eine als verbindlich anzusehende Förderankündigung des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2011 vorliege.

Punkt 8.1: Fietsen- und Freizeitbus - Reservierung bzw. Voranmeldung

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 03.06.2007
Vorlage: 0129/2007

Nach kurzer Aussprache sagt Dr. Paßlick zu, eine Stellungnahme der Verwaltung dem Protokoll zu Sitzung beizufügen.

Stellungnahme der Verwaltung nach Rücksprache mit der WestfalenBus GmbH:

zu 1.: Das Verkehrsunternehmen kann auf eine Nachfrage, die über die Zahl der angebotenen Fahrradstellplätze auf dem Anhänger und im Bus hinaus geht, nicht mit einer Kapazitätsausweitung reagieren, weil nur zwei Fahrradanhänger zur Verfügung stehen. Trotzdem kann eine telefonische Voranmeldung sinnvoll und nützlich sein, weil mit den Interessenten ein Kontakt entsteht, bei dem die Bedingungen besprochen werden können. So könnte bei dieser Gelegenheit über die Auswahl einer sicheren Haltestelle für die Gruppe oder über eine Umdisponierung auf eine andere Abfahrtszeit gesprochen werden. Zudem könnte vielleicht auch angeboten werden, einen Bus mit Fahrradanhänger zu mieten.

zu 2.: Bei der Voranmeldung im Sinne des Fietsenbusses handelt es sich um die Abschätzung der vorhandenen Kapazitäten im Vergleich zu der voraussichtlich zu erwartenden Nachfrage. Das Gespräch mit dem Anrufer wird dazu genutzt, vorhandene Unsicherheiten zu klären und die geeignetste Haltestelle abzustimmen. Im Weiteren wird das Fahrpersonal auf den Zustieg einer Gruppe hingewiesen. Eine verbindliche Reservierung ist damit nicht verbunden.

zu 3.: Eine Voranmeldung ist keine Reservierung und berechtigt nicht zur bevorzugten Beförderung vor anderen Fahrgästen, die sich nicht angemeldet haben.

zu 4.: Eine verbindliche Reservierung ist zurzeit nicht vorgesehen. Das Vorhalten entsprechender Bus- und Anhänger-Kapazitäten würde aus heutiger Sicht den Kostenrahmen sprengen. Die Verwaltung wird mit den Verkehrsunternehmen besprechen, ob das System der Voranmeldung für Gruppen nicht für alle Verkehre angeboten werden kann, um, wie oben beschrieben, eine größere Verlässlichkeit für die potentiellen Fahrgäste herzustellen.

Vorsitzender Horstick schließt die Sitzung um 20:10 Uhr.

Horstick
Vorsitzender

Sobek
Schriftführer